



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen
Dienstes

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/6611

zur Anpassung der Bezüge 2015/2016

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/6991

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur
Anpassung der Bezüge 2015/2016
hier: **Personalgewinnung in Kommunen erleichtern**
(Drs. 17/6611)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgende neue Nr. 1 eingefügt:

„1. In Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 wird das Wort „Justizvollzugsschule“ durch das Wort „Justizvollzugsakademie“ ersetzt.“
 - b) Die bisherigen Nrn. 1 bis 4 werden Nrn. 2 bis 5.
2. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgende neue Nr. 1 eingefügt:

„1. In § 9 Abs. 4 werden nach dem Wort „fortgezahlt“ die Worte „oder eine Ausgleichszulage nach Art. 52 Abs. 1 BayBesG gezahlt“ eingefügt.“
 - b) Die bisherigen Nrn. 1 und 2 werden Nrn. 2 und 3.
3. § 8 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Abweichend von Abs. 1 treten

 1. § 1 Nr. 2 mit Wirkung vom 1. Januar 2015,

2. § 1 Nr. 1 mit Wirkung vom 1. Juni 2015,
3. § 2 Nr. 1 am 1. Januar 2016,
4. § 2 Nrn. 2 bis 4, §§ 5 und 7 am 1. März 2016 und
5. § 3 am 1. Januar 2017
in Kraft.“

Berichterstatter:

Max Gibis

Mitberichterstatter:

Stefan Schuster

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten. Zum Gesetzentwurf wurde der Änderungsantrag Drs. 17/6991 eingereicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 17/6991 in seiner 27. Sitzung am 23. Juni 2015 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/6991 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 17/6991 in seiner 75. Sitzung am 7. Juli 2015 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/6991 hat der Ausschuss mit folgendem

Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 17/6991 in seiner 38. Sitzung am 9. Juli 2015 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/6991 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Ingrid Heckner

Vorsitzende